

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 46/75

Berlin

13. November 1975

42. Jahrgang

*Häglin*

### Zur Lage der Bauwirtschaft in Berlin (West)

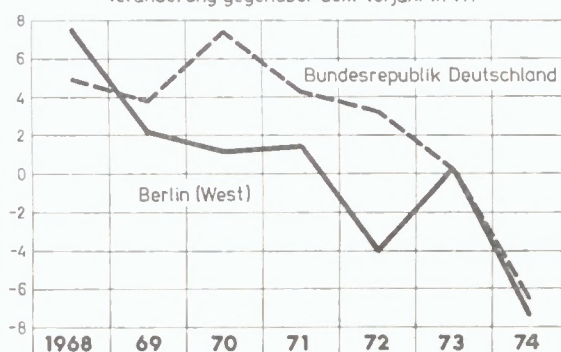
#### Neuberechnung des Bauvolumens

Vor kurzem hat das Statistische Landesamt Berlin revidierte Ergebnisse der Sozialproduktrechnung für Berlin (West) vorgelegt. Im Zuge dieser Revision wurde die Berechnung der Bauinvestitionen methodisch umgestellt und das Bauvolumen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung integriert. Für 1974 beläuft sich danach das regionale Bauvolumen zu jeweiligen Preisen auf 4,8 Mrd. DM, zu Preisen von 1962 auf 2,5 Mrd. DM. Die reale Bauleistung war hiermit um 7,4 vH geringer als 1973. Überdurchschnittliche Produktionseinbußen zeigten sich im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau (jeweils 8,4 vH). Weniger ausgeprägt war der Rückgang der Bauleistungen im öffentlichen Tiefbau (6,4 vH); die geringste Produktionsabnahme verzeichnete mit 2,8 vH der öffentliche Hochbau. Eine Betrachtung nach Gewerbezweigen ergibt, daß die Leistungen des Ausbaugewerbes 1974 um 10,5 vH und damit stärker abnahmen als die des Bauhauptgewerbes (6,1 vH); in den Jahren zuvor hatte der Ausbau stets erheblich zur Stützung der Baukonjunktur beigetragen.

Die Neuberechnung läßt erkennen, daß sich die Bauproduktion in Berlin (West) im Jahre 1974 kaum anders entwickelt hat als im gesamten Bundesgebiet. Ein längerfristiger Regionalvergleich zeigt allerdings, daß sich die Bauwirtschaft in der Stadt bereits seit 1969, also wesentlich früher als in Westdeutschland, auf eine schrumpfende Baunachfrage einstellen mußte. Im Jahre 1974 war das reale Bauvolumen in

#### ENTWICKLUNG DES REALEN BAUVOLUMENS SEIT 1968

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH



Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.

DIW 75

Berlin um 10 vH niedriger, im Bundesgebiet dagegen noch immer um 10 vH höher als 1970. Zu der gleichen Zeit ist der Beschäftigtenstand im Berliner Baugewerbe um 20 vH, im Bundesgebiet um 10 vH reduziert worden.

#### Starke Verminderung der Bauvorräte 1974 . . .

Gemessen in Kubikmetern umbauten Raumes sind 1974 in Berlin (West) sowohl im Wohnungsbau als auch im Nichtwohnbereich um 30 vH weniger Hochbauvorhaben als im Vorjahr begonnen worden. Die Bauvorräte (Bestand der im Bau befindlichen und

Das Bauvolumen in Berlin (West) nach Baubereichen

Zeit	Wohnungs- bau	Ge- werblicher und indus- trieller Bau	Öffentlicher und Verkehrsba			Ge- samtes Bauvo- lumen	
			ins- gesamt	davon			
				Hoch- bau	Tiefbau		
a) zu jeweiligen Preisen in Mill. DM							
1970	1 836	1 107	1 075	464	611	4 018	
1971	1 939	1 234	1 219	542	677	4 392	
1972	1 936	1 243	1 174	527	647	4 353	
1973	2 083	1 287	1 232	570	662	4 602	
1974	2 104	1 360	1 299	615	684	4 763	
1972	I	330	266	214	89	125	810
	II	484	309	297	125	172	1 090
	III	519	325	307	149	158	1 151
	IV	603	343	356	164	192	1 302
1973	I	377	277	243	102	141	897
	II	529	320	300	132	168	1 149
	III	547	341	325	162	163	1 213
	IV	630	349	364	174	190	1 343
1974	I	411	297	254	109	145	962
	II	543	344	323	146	177	1 210
	III	556	365	358	188	170	1 279
	IV	594	354	364	172	192	1 312
1975	I	396	308	265	116	149	959
b) zu Preisen von 1962 in Mill. DM							
1970	1 183	779	762	316	446	2 724	
1971	1 156	815	795	335	460	2 766	
1972	1 106	799	750	315	435	2 655	
1973	1 126	794	744	322	422	2 664	
1974	1 032	727	708	313	395	2 467	
1972	I	191	170	140	54	86	501
	II	278	199	190	76	114	667
	III	237	208	194	88	106	699
	IV	340	222	226	97	129	788
1973	I	209	171	153	60	93	533
	II	288	200	182	75	107	670
	III	295	209	194	91	103	698
	IV	334	214	215	96	119	763
1974	I	210	164	146	59	87	520
	II	269	185	177	75	102	631
	III	271	192	191	94	97	654
	IV	282	186	194	85	109	682
1975	I	179	154	139	57	82	472
c) Veränderung des realen Bauvolumens gegenüber dem Vorjahr in vH							
1971	- 2,3	4,6	4,3	6,0	3,1	1,5	
1972	- 4,3	2,0	- 5,7	- 6,0	- 5,4	- 4,0	
1973	1,8	- 0,6	- 0,8	2,2	- 3,0	0,3	
1974	- 8,4	- 8,4	- 4,8	- 2,8	- 6,4	- 7,4	
1972	I	- 9,1	0,6	- 6,1	- 6,9	- 5,5	- 5,1
	II	- 3,5	- 2,0	- 5,5	- 1,3	- 8,1	- 3,6
	III	- 3,0	- 6,3	- 8,9	- 10,2	- 7,8	- 5,7
	IV	- 3,1	0,5	- 2,6	- 4,9	- 0,8	- 2,0
1973	I	9,4	0,6	9,3	11,1	8,1	6,4
	II	3,6	0,5	- 4,2	- 1,3	- 6,2	0,4
	III	- 0,7	0,5	0,0	3,4	- 2,8	- 0,2
	IV	- 1,8	- 3,6	- 4,9	- 1,0	- 7,8	- 3,2
1974	I	0,5	- 4,1	- 4,6	- 1,7	- 6,5	- 2,4
	II	- 6,6	- 7,5	- 2,8	0,0	- 4,7	- 5,8
	III	- 8,1	- 8,1	- 1,6	3,3	- 5,8	- 6,3
	IV	- 15,6	- 13,1	- 9,8	- 11,5	- 8,4	- 13,2
1975	I	- 14,8	- 6,1	- 4,8	- 3,4	- 5,7	- 9,2

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.

rapide. Im gesamten Hochbaubereich nahm dieser Bauüberhang im vergangenen Jahr um 15 vH ab. Der Wohnungsbauüberhang schrumpfte bei fast 20 000 Fertigstellungen um 7 800 Wohnungen auf rund 19 500 Einheiten. Nach dem Baufortschritt bewertet, betrug die Nachfragereserve zu Jahresbeginn 1975 rund 10 600 volle Wohnungseinheiten - 2 700 Wohnungen weniger als im öffentlichen Wohnungsbauprogramm für 1975 geplant.

Die Struktur des Bauvorrats hat sich im Verlauf des Jahres 1974 erheblich verändert. Im Wohnungsbau hat insbesondere die Zahl der unter Dach befindlichen Einheiten drastisch abgenommen, hiervon ist primär das Ausbaugewerbe betroffen worden. Eine ungünstige Ausgangssituation für das Bauhauptgewerbe ergab sich vor allem aus der Entwicklung im übrigen Hochbaubereich, wo sich die Bauvorräte noch stärker verringert haben. Auffallend ist dabei im privaten Wirtschaftsbau der erhebliche Rückgang der noch nicht unter Dach befindlichen Objekte um 67 vH und der noch nicht begonnenen Bauvorhaben um 27 vH - eine Entwicklung, die auch im Zusammenhang mit der abgelaufenen Fertigstellungsfrist nach § 14 des Berlinförderungsgesetzes gesehen werden muß.

**. . . beeinflusst Produktion im ersten Halbjahr 1975**

Der Rückgang des realen Bauvolumens setzte sich im ersten Quartal 1975 trotz wiederum günstiger Witterungsverhältnisse beschleunigt fort (- 9 vH). Für das zweite Quartal sind Produktionseinbußen in gleicher Größenordnung anzusetzen.

Nach vorläufigen Berechnungen des arbeitstäglichen Produktionsindex für das West-Berliner Bauhauptgewerbe war das Bauergebnis im ersten Quartal um 7 vH und im zweiten Quartal sogar um 11 vH niedriger als in den entsprechenden Vorjahreszeiträumen. Erst im Juli und August verlangsamte sich der Produktionsrückgang auf 8 bzw. 5 vH. Bemerkenswert ist, daß sich in den ersten acht Monaten der Tiefbau (- 4 vH) weniger ungünstig entwickelt hat als der Hochbau (- 11 vH). Die überdurchschnittliche Einschränkung der Hochbautätigkeit ist zurückzuführen auf die drastischen Einbußen im Wohnungsbau (- 17 vH); im August hat sich der Abstand zum Vorjahr allerdings deutlich verringert. Wesentlich langsamer als im Wohnungsbau ließ die Produktion im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Hochbau nach (- 7 bzw. - 3 vH). Während zu Beginn der zweiten Jahreshälfte die Rohbautätigkeit im Wirt-

noch nicht im Bau befindlichen genehmigten Bauvorhaben) verringerten sich im Verlauf des Jahres

Entwicklung des Bauüberhangs in Berlin (West) seit 1969

	Wohnbauten <sup>1)</sup>							Nicht-Wohnbauten (Hochbau)						
	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
	Anzahl der Wohnungen							1 000 cbm umbauter Raum						
a) absolut														
Gesamter Bauüberhang am Jahresanfang . . .	42 336	40 429	37 634	30 599	28 273	27 326	19 510	7 056	8 052	10 474	11 610	9 700	9 643	7 891
davon:														
1. im Bau befindlich . . . . .	31 390	33 230	29 159	25 274	23 914	23 395	15 293	6 216	7 157	9 217	10 000	8 655	8 900	7 222
davon:														
a) unter Dach . . . . .	13 836	14 750	18 550	13 871	14 567	15 731	9 327	4 781	4 471	6 359	7 278	5 119	6 038	5 495
b) noch nicht unter Dach . . . . .	17 554	18 480	10 609	11 403	9 347	7 664	5 966	1 435	2 686	2 858	2 722	3 536	2 862	1 727
2. Noch nicht begonnen . . . . .	10 945	7 199	8 475	5 325	4 359	3 931	4 217	840	895	1 257	1 610	1 045	743	669
+ Baugenehmigungen während des Jahres . . . . .	19 732	17 567	16 220	16 342	17 040	12 663	-	4 808	6 866	6 197	4 581	5 128	3 569	-
- Lösungen <sup>2)</sup> während des Jahres . . . . .	702	577	1 584	431	599	657	-	236	131	529	427	166	- 81	-
- Bestand am Jahresende . . . . .	7 199	8 475	5 325	4 359	3 931	4 217	-	895	1 257	1 610	1 045	743	669	-
= Baubeginn während des Jahres . . . . .	22 777	15 714	17 786	16 877	16 899	11 720	-	4 517	6 373	5 315	4 719	5 264	3 724	-
b) Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH														
Gesamter Bauüberhang am Jahresanfang . . .	20,7	- 4,5	- 6,9	- 18,7	- 7,6	- 3,3	- 28,6	- 25,7	14,1	30,1	10,8	- 16,5	- 0,6	- 18,2
davon:														
1. im Bau befindlich . . . . .	6,3	5,9	- 12,3	- 13,3	- 5,4	- 2,2	- 34,6	- 27,4	15,1	28,8	8,5	- 13,5	2,8	- 18,9
davon:														
a) unter Dach . . . . .	- 8,3	6,6	25,8	- 25,2	5,0	8,0	- 40,7	- 26,6	- 6,5	42,2	14,5	- 29,7	18,0	- 9,0
b) noch nicht unter Dach . . . . .	21,5	5,3	- 42,6	7,5	- 18,0	- 18,0	- 22,2	- 29,8	87,2	6,4	- 4,8	29,9	- 19,1	- 39,7
2. Noch nicht begonnen . . . . .	97,0	- 34,2	17,7	- 37,2	- 18,1	- 9,8	7,3	- 10,5	6,5	40,4	28,1	- 35,1	- 28,9	- 10,0

1) Einschließlich Wohnungen in Nicht-Wohnbauten. — 2) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistisches Landesamt Berlin.

schaftsbau stagnierte, ist im öffentlichen Hochbau eine stark beschleunigte Abnahme der Bautätigkeit festzustellen. Im Straßenbau hält die seit 1971 zu beobachtende rezessive Grundtendenz unverändert an: In den ersten acht Monaten wurde hier im Vorjahresvergleich 7 vH weniger produziert. Die jahresdurchschnittlichen Produktionsrückgänge in den letzten drei Jahren betragen in diesem Bereich jeweils 10 vH. Allein im sonstigen Tiefbau zeigt sich in den Monaten Juli und August eine schwache Belebung. Das Bauergebnis der ersten acht Monate lag allerdings immer noch um 2 vH unter dem Vorjahresniveau.

**Steiler Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen**

Nach einem heftigen Rückgang im ersten Quartal stiegen die Genehmigungen für Wohnbauten in den folgenden Monaten sprunghaft an; im dritten Quartal war die Zahl der genehmigten Wohnungen sogar doppelt so hoch wie vor einem Jahr. Das Volumen genehmigter Wohnbauvorhaben — veranschlagte reine Baukosten, preisbereinigt mit dem amtlichen Preisindex für Wohngebäude — nahm in den Monaten Januar bis September im Vorjahresvergleich um 21 vH zu. Die Situation unterscheidet sich damit deutlich von der im Bundesgebiet, wo das Genehmigungsvolumen stark rückläufig war. Im übrigen Hoch-

bausektor ging das Genehmigungsvolumen dagegen im entsprechenden Zeitraum um 9 vH zurück. Damit wurde im gesamten Hochbaubereich bislang ein um 5 vH größeres Volumen genehmigt als im gleichen Zeitraum 1974. Der ungünstige Verlauf im Nichtwohnbereich ist zurückzuführen auf die stark eingeschränkte Bauneigung der privaten Wirtschaft; das Volumen der Hochbaugenehmigungen war hier in den ersten neun Monaten um 23 vH geringer als vor einem Jahr.

Die Gliederung nach Gebäudearten zeigt, daß von der nachlassenden Investitionsbereitschaft der Bauherren im gewerblichen Bereich insbesondere die Betriebsgebäude betroffen waren (- 44 vH), die Genehmigungen für Bürogebäude nahmen dagegen weiterhin kräftig zu (+ 36 vH). Vor dem Hintergrund der Neuregelung des § 14 Berlinförderungsgesetz im Jahre 1970 (Einschränkung der Sonderabschreibungen für Gebäude des Dienstleistungsgewerbes; verstärkte Förderung des warenproduzierenden Bereichs) überrascht die anhaltend hohe Bereitschaft, Bürogebäude in Berlin zu erstellen. Bereits 1974 hatten die Genehmigungen gewerblicher Betriebsgebäude um 9 vH unter, die für Bürogebäude hingegen um 42 vH über dem Vorjahresvolumen gelegen. Offensichtlich haben die konjunkturfördernden Investitionsanreize 1975 diese Tendenz noch verstärkt.

Entwicklung der Genehmigungen im Hochbau und der Auftragsvergaben im öffentlichen Tiefbau in Berlin (West)

	Gewicht 1974 in vH	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH				
		1974	1975			
			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Januar bis September
<b>a) Genehmigungsvolumen<sup>1)</sup> im Hochbau</b>						
Wohnungsbau	50	- 29	- 38	11	105	21
gemeinnützige Wohnungsunternehmen	21	24	- 62	- 37	99	- 12
sonstige Wohnungsunternehmen	8	- 58	63	133	200	136
Unternehmen <sup>2)</sup>	6	- 38	- 63	- 50	4	- 28
öffentliche Bauherren	3	41	- 19	- 16	576	86
private Haushalte	12	- 47	- 39	25	54	9
Nichtwohnbau	50	- 10	- 48	24	- 2	- 9
nach Bauherren:						
Wirtschaft und Private <sup>3)</sup>	20	- 27	- 47	- 27	17	- 23
öffentliche Bauherren <sup>4)</sup>	30	8	- 50	67	- 10	1
nach Gebäudeart:						
gewerbliche Betriebsgebäude <sup>5)</sup>	20	- 9	- 66	- 43	- 27	- 44
Bürogebäude	10	42	- 12	40	188	36
Schulgebäude	9	- 25	- 86	- 63	- 20	- 54
Anstaltsgebäude	6	27	- 57	- 18	- 57	- 36
sonstige Gebäude	5	- 47	- 22	1 020	128	201
Genehmigungsvolumen insgesamt	100	- 21	- 43	17	43	5
<b>b) Reale Auftragsvergaben<sup>6)</sup> im öffentlichen Tiefbau</b>						
Straßen- und Straßenbrückenbauten	35	11	13	2	0	6
wasserwirtschaftliche Tiefbauten	23	- 16	38	19	8	22
sonstige Tiefbauten	42	35	- 19	- 6	35	2
Auftragsvergaben insgesamt	100	11	9	5	15	9

1) Veranschlagte reine Baukosten aller genehmigungspflichtigen Baumaßnahmen, preisbereinigt mit dem amtlichen Preisindex für Wohngebäude. — 2) Ohne Wohnungsunternehmen. — 3) Ohne Schulen. — 4) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter. — 5) Einschließlich landwirtschaftlicher Betriebsgebäude. — 6) Aufträge mit einem Wert von über 25 000 DM, preisbereinigt mit einem aus dem Preisindex für Straßenbauarbeiten entwickelten Index für Tiefbauten.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des DIW.

Während das Volumen der Genehmigungen von öffentlichen Hochbauten in den ersten neun Monaten gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant blieb, expandierten die erfaßten Auftragsvergaben im öffentlichen Tiefbau in realer Betrachtung um 9 vH. Nachfrageimpulse im Tiefbau erhielt vor allem der wasserwirtschaftliche Bereich (+ 22 vH). Auch die Auftragsvergaben für Straßen- und Brückenbauten nahmen um 6 vH zu. In beiden Bausparten ließ die Vergabetätigkeit im Jahresverlauf allerdings nach. So war das Auftragsvolumen für Straßen- und Brückenbauten im dritten Quartal nicht höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Im sonstigen Tiefbau (+ 2 vH) zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung: Hier wurden die Auftragsvergaben im ersten Halbjahr eingeschränkt (- 13 vH) und im dritten Quartal kräftig ausgeweitet (+ 35 vH).

**Überdurchschnittlicher Anstieg der Baupreise**

Der Baupreisanstieg hat sich in Berlin nur sehr zögernd verlangsamt: Der Preisindex für Wohngebäude stieg in den ersten drei Quartalen 1975 im Vorjahrsvergleich um 8,1, 5,8 bzw. 3,7 vH und damit

deutlich schneller als in Westdeutschland (5,1, 2,4 bzw. 1,9 vH). In den Jahren 1971 bis 1973 waren die Baupreise hier langsamer gestiegen als dort. Seit-

Entwicklung der Baupreise für Wohngebäude 1972 bis 1975  
Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeit	Gesamt		Rohbau <sup>1)</sup>		Ausbau <sup>2)</sup>	
	Berlin (West)	BRD	Berlin (West)	BRD	Berlin (West)	BRD
1972 I . . . . .	7,3	8,7	7,1	9,4	7,6	7,7
II . . . . .	5,3	6,7	4,7	6,7	6,3	6,5
III . . . . .	5,2	6,4	4,4	6,5	6,3	6,3
IV . . . . .	5,4	6,6	5,2	6,7	5,6	6,3
1973 I . . . . .	5,3	6,4	4,5	6,2	6,4	6,7
II . . . . .	7,2	8,0	7,3	7,6	7,2	8,5
III . . . . .	8,0	8,0	7,8	7,1	8,3	9,0
IV . . . . .	7,6	7,2	7,0	5,8	8,4	9,0
1974 I . . . . .	9,9	7,5	9,6	5,7	10,2	10,0
II . . . . .	10,3	7,3	9,2	4,6	11,6	10,8
III . . . . .	11,5	7,2	10,8	4,6	12,3	10,8
IV . . . . .	11,0	7,2	10,5	4,9	11,6	10,2
1975 I . . . . .	8,1	5,1	7,9	3,3	8,5	7,4
II . . . . .	5,8	2,4	5,8	0,7	5,9	4,6
III . . . . .	3,7	1,9	3,4	0,4	4,1	3,6

1) Einschließlich Erd- und Grundbauarbeiten sowie Putz- und Stuckarbeiten. — 2) Ohne Putz- und Stuckarbeiten einschließlich haustechnischer Anlagen.

Quellen: Statistisches Bundesamt und Statistisches Landesamt Berlin.

dem läßt das Verhältnis der jeweiligen Preisveränderungen im Regionalvergleich jedoch erkennen, daß insbesondere die Rohbaupreise in Berlin trotz anhaltender Abflachungstendenzen in zunehmendem Maße schneller steigen als in Westdeutschland. Im Ausbaugewerbe liegen die Preiserhöhungen ebenfalls — wenn auch nur schwach — über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Beurteilung ist allerdings zu berücksichtigen, daß die verschärfte Wettbewerbssituation im Bundesgebiet dort zu einer rapiden Verschlechterung der Ertragslage geführt hat.

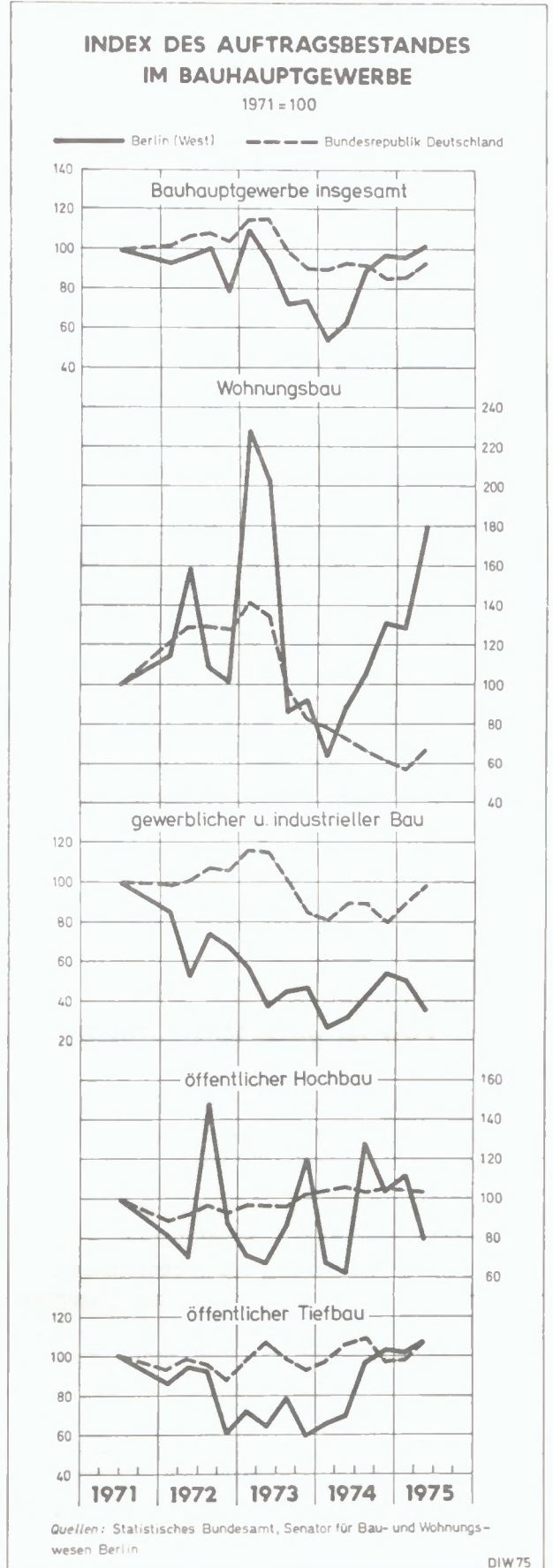
**Schwache Reaktion des Arbeitsmarktes**

Die Stabilisierung der bauwirtschaftlichen Auftragslage hat bislang nur partiell zu einer Belebung des Arbeitsmarktes geführt. Ende September war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter — bei gleichzeitig gestiegenen Arbeitskräfteanforderungen — etwas höher als im Vorjahr (+ 230). Insgesamt wurden bei 700 offenen Stellen rund 1 120 arbeitslose Bauarbeiter registriert. Erwartungsgemäß entwickelte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften in den beiden großen Gruppen der Bauberufe unterschiedlich. Während die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter, die dem Rohbau zuzuordnen sind, im Vorjahresvergleich leicht abnahm (– 90), stieg die Arbeitslosenzahl in den Ausbauberufen an (+ 320). Auch innerhalb der Rohbauberufe sind starke Divergenzen zu beobachten: Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Hochbaubereich läßt einen deutlichen Tendenzumschwung erkennen, im Tiefbau dagegen war der Arbeitslosenstand Ende September immer noch dreimal höher als im entsprechenden Vorjahrsmonat.

**Ausblick**

Im Laufe der letzten Jahre hat sich die West-Berliner Bauwirtschaft mit ihren Kapazitäten an die schrumpfende Nachfrage angepaßt. Die verbesserte Auftragslage hat bislang auf die zurückhaltende Investitions- und Beschäftigungspolitik der Unternehmen keine erkennbaren Auswirkungen gehabt. In den kommenden Monaten wird die Bauwirtschaft ihre Gerätekapazitäten und ihren Beschäftigtenstand bestenfalls konstant halten.

Die absehbaren Nachfragetendenzen sind im einzelnen sehr unterschiedlich. Selbst innerhalb des Wohnungsbaus differieren die Reaktionen der Bauherren auf das Investitionszulagengesetz je nach kurz- oder langfristig ausgerichteter Baupolitik der Wohnungsunternehmen stark. Inwieweit die im Gesetz genannten Fristen mit einem kontinuierlichen



Ablauf der in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Berlin vorgesehenen öffentlichen Wohnungsbauprogramme in Einklang stehen, ist gegenwärtig noch nicht zu übersehen. Es ist jedoch zu befürchten, daß sich durch die Vorverlegung des Baubeginns – die Zahl wird auf 4 000 bis 5 000 Wohnungen geschätzt – zwangsläufig spürbare Produktionsausfälle zu einem späteren Zeitpunkt ergeben. Die geplante sukzessive Reduzierung der Wohnungsbauprogramme in den kommenden Jahren dürfte diese Tendenz noch verstärken. In diesem Jahr wird damit das öffentliche Wohnungsbauprogramm (13 300 Wohnungseinheiten) voll erfüllt werden; Mitte Oktober betrug der Ausschöpfungsgrad bereits 85 vH.

Im Wirtschaftsbau läßt die Investitionsbereitschaft weiterhin stärker nach als im Bundesgebiet. Nachhaltige kompensatorische Einflüsse im öffentlichen Hochbau zeichnen sich aufgrund des stagnierenden Genehmigungsvolumens vorerst nicht ab. Im Bereich der kommunalen Infrastruktur sind im Rahmen des Konjunkturförderungsprogramms schwerpunktmäßig fast 40 Mill. DM für Tiefbaumaßnahmen vorgesehen. Hiermit werden kurzfristig planungsreife Tiefbauprojekte finanziert; etwa 85 vH dieser Mittel werden allerdings zu Lasten des Landeshaushalts 1976 verausgabt und stellen somit keine zusätzliche Nachfrage dar. Steigende Auftragsvergaben lassen erwarten, daß sich auch in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres die Bautätigkeit im Tiefbau günstiger entwick-

kelt als im Hochbau. Durch das Konjunkturförderungsprogramm (einschließlich Kapitalmarktmittel, aber ohne Bausparzwischenfinanzierung) wird für die West-Berliner Bauwirtschaft kurzfristig ein Auftragsvolumen von insgesamt knapp 140 Mill. DM mobilisiert, das sind rund 3 vH des Bauvolumens von 1974. Etwa die Hälfte dieser Investitionssumme ist für Modernisierungsmaßnahmen vorgesehen und kommt somit überwiegend dem Ausbaugewerbe zugute, das von dem rapiden Abbau der Nachfragereserven besonders hart betroffen war.

Gegenläufige Nachfragetendenzen in den einzelnen Baubereichen, schwer einzuschätzende Produktionsauswirkungen der konjunkturpolitischen Maßnahmen, kapitalmarktbedingte Verzögerungen des Baubeginns sowie die zunehmende Enge öffentlicher Haushalte lassen selbst über die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1975 eine Aussage nur unter großen Vorbehalten zu. Auch bei verbesserten Produktionsergebnissen im zweiten Halbjahr muß in Berlin (West) für das Jahr 1975 mit einem Rückgang des realen Bauvolumens von etwa 8 vH gerechnet werden. Zugleich ist der Beschäftigtenstand stark abgebaut worden; zur Jahresmitte war die Zahl der im Baugewerbe Tätigen um 12 vH geringer als im Jahr zuvor. Damit ist die baugewerbliche Produktionskapazität in Berlin so stark reduziert worden, daß im kommenden Jahr der Mangel an qualifizierten Fachkräften zu einem Engpaß der Bauproduktion in Berlin (West) führen kann.

## Der private Warenverbrauch in den Ländern des RGW

*In diesem Bericht wird der Lebensstandard der Ostblockländer an einem Teilaspekt – dem privaten Güterverbrauch – analysiert. Er stützt sich auf Ergebnisse einer Untersuchung des DIW, die in Kürze veröffentlicht wird<sup>1</sup>.*

Die im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen sozialistischen Länder Europas haben die Hebung des Lebensstandards in den gegenwärtigen Fünfjahrplänen zur „Hauptaufgabe“ ihres Wirtschaftens erklärt. Dabei wird der Begriff Lebensstandard im RGW sehr umfassend ausgelegt. Berücksichtigt werden sowohl der private Verbrauch an Waren und Dienstleistungen aus persönlichem Einkommen als auch die staatlichen, zum Teil unentgeltlichen Leistungen im Rahmen des öffentlichen Sozial- und Gesundheitswesens und das Angebot an Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtun-

gen. Auch in sozialistischen Ländern wird sich aber der Verbraucher bei der Einschätzung seines Lebensstandards wohl mehr an der Entwicklung des privaten Güterverbrauchs orientieren als am Angebot sozialer und kultureller Leistungen, die dem einzelnen nur schwer zurechenbar sind und von privaten Haushalten auch in unterschiedlichem Maße genutzt werden.

<sup>1</sup> Maria Elisabeth Ruban, Maria Lodahl, Heinrich Machowski, Heinz Vortmann: Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern. Sonderhefte des DIW. Nr. 108/1975.

Als Gradmesser des materiellen Lebensstandards wurde hier der private Verbrauch von einigen Waren des täglichen Bedarfs ausgewählt. Für diese Begrenzung spricht insbesondere, daß ein umfassender zwischenstaatlicher Lebensstandardvergleich die Berechnung von Kaufkraftparitäten erfordert, mit deren Hilfe die monetären Daten des Lebensstandards (z. B. Lohneinkommen) auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Die Währungen der RGW-Länder sind reine Binnenwährungen, für die es keine ökonomisch begründeten Wechselkurse bzw. Kaufkraftparitäten gibt. Beim hier gewählten Vergleich natürlicher Größen entfällt die Fehlerquelle, die allen Umrechnungsversuchen anhaftet; die Ergebnisse sind überdies international vergleichbar.

### Verbrauch von Nahrungsmitteln

Nach dem Kalorienverbrauch, einem allerdings sehr groben Maßstab des Ernährungsstandards, liegen alle RGW-Länder auf einem international hohen Niveau. Je Einwohner werden täglich mehr als 3 000

Kalorien verbraucht<sup>2</sup>; das ist ebensoviel, teilweise mehr als in den führenden westlichen Industrieländern. Ein hoher Kalorienverbrauch, der überwiegend auf dem Verzehr pflanzlicher Kost beruht, ist typisch für eine agrarisch geprägte, körperlich schwer arbeitende Bevölkerung. Jedoch ist bekanntlich auch der Kalorienanteil tierischen Ursprungs ein wesentliches Indiz für den Lebensstandard.

Für die wichtigsten Grundnahrungsmittel wird der Pro-Kopf-Verbrauch in den Ostblockländern seit einer Reihe von Jahren amtlich ausgewiesen, so daß sich Wandlungen der Ernährungsstruktur eines Landes im Zeitablauf ebenso nachweisen lassen wie spezifische Unterschiede von Land zu Land. Diese können in direktem Zusammenhang mit dem verschiedenen hohen Entwicklungs- und Reifegrad der Volkswirtschaften stehen, aber auch Ausdruck traditioneller — oft klimatisch bedingter — Verbrauchsgewohnheiten sein (insbesondere bei Kartoffeln, Reis, Brot und Teigwaren). Ganz deutlich tritt dies bei der DDR auf der einen (hoher Kartoffel-, geringer Getreideverbrauch) und Bulgarien auf der anderen Seite (hoher Getreide-, niedriger Kartoffelverbrauch) hervor. Ähnlich wie in Bulgarien sind die Verbrauchsgewohnheiten in den südost-europäischen Ländern Rumänien und Ungarn, während in den nördlicher gelegenen Ostblockländern Polen, CSSR und UdSSR die Kartoffel von jeher das Grundnahrungsmittel ist.

Symptomatisch für die Entwicklung in allen RGW-Ländern ist, daß einem allgemein wachsenden Konsum von Fleisch, Fisch, Milch, Butter und Eiern ein durchweg rückläufiger Verbrauch an Getreideerzeugnissen und Kartoffeln gegenübersteht. Es ist also eine Verlagerung von überwiegend kohlehydrathaltigen zu mehr eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmitteln eingetreten, begleitet von einer Zunahme des Genußmittelverbrauchs (Kaffee, alkoholische Getränke). Dabei ist festzuhalten, daß sich diese — für einen steigenden Lebensstandard typischen — Verbrauchswandlungen in den letzten drei Jahren durchweg beschleunigt haben und daß die Planziele für 1975 in einigen Ländern schon 1973 erreicht oder überschritten worden sind. In der DDR, CSSR, in Ungarn und Polen wird bereits in zunehmendem Maße auf die gesundheitsschädlichen Folgen einer zu reichlichen Ernährung hingewiesen und die Bevölkerung zum „Maßhalten“ ermahnt. In Grenzen kann allerdings von einem systemtypischen Verbraucher-

Pro-Kopf-Verbrauch von ausgewählten Nahrungsmitteln

Land	Jahr	Fleisch <sup>1)</sup>	Eier	Mehl <sup>1)</sup>	Kaffee <sup>2)</sup>	Kartoffeln
		kg	Stück	kg	kg	kg
Bulgarien . . .	1960	32,7	84	190	.	35
	1970	43,7	122	174	.	26
	1973	52,4	135	170	.	27
	1975 Plan	55,0	159	.	.	.
CSSR . . . . .	1960	56,8	179	126	0,42	100
	1970	71,9	277	113	0,86	103
	1973	77,3	292	109	0,89	105
	1975 Plan	78,0	.	.	.	.
DDR . . . . .	1960	55,0	197	102	1,10	174
	1970	66,0	239	97	2,20	154
	1973	74,0	249	95	2,30	143
	1975 Plan	73,5	247	.	2,80	.
Polen . . . . .	1960	49,9	143	145	0,11	223
	1970	61,2	186	132	0,40	190
	1973	70,5	202	126	0,58	183
	1975 Plan	63,0	184	.	.	.
Rumänien <sup>3)</sup> . .	1960	28,0	113	180	.	162
	1970	40,0	144	165	.	102
	1973	55,0	204	.	.	.
	1975 Plan	.	.	.	.	.
UdSSR . . . . .	1960	40,0	118	164	<sup>4)</sup> 0,09	143
	1970	48,0	158	149	<sup>4)</sup> 0,17	130
	1973	52,0	194	145	<sup>4)</sup> 0,13	124
	1975 Plan	61,0	207	.	.	.
Ungarn . . . . .	1960	47,6	160	133	0,14	98
	1970	57,6	247	124	1,64	75
	1973	63,2	270	121	2,10	67
	1975 Plan	67,0	237	.	3,00	.
Bundesrepublik Deutschland . .	1960	57,0	226	80	2,87	132
	1970	79,6	281	66	.	102
	1973	79,0	300	66	5,17	94
	1975 Plan	.	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Einschließlich verarbeiteter Erzeugnisse. — <sup>2)</sup> Röstkaffee. — <sup>3)</sup> Verfügbare Mengen. — <sup>4)</sup> Rohkaffeeimport je Einwohner.

Quellen: Statistische Jahrbücher der betreffenden Länder.

<sup>2</sup> Angaben nach FAO: The state of food and agriculture 1974, S. 139 f.

verhalten gesprochen werden: Weil Luxusgüter knapp und teuer sind, konzentriert sich die Nachfrage übermäßig auf Nahrungs- und Genußmittel, insbesondere auf alkoholische Getränke.

### Verbrauch von Nicht-Nahrungsmitteln

Unter den industriellen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, die für den Verbrauch der privaten Haushalte repräsentativ sind, spielen Bekleidung und Einrichtungsgegenstände aller Art die entscheidende Rolle. Allerdings ist die internationale Vergleichbarkeit dieser Güter wegen der außerordentlich großen Sortiments- und Qualitätsbreite sehr viel problematischer als die von Nahrungsmitteln. Hier wird deshalb der Bekleidungsstandard durch den Verbrauch von textilen Rohstoffen (für Bekleidungszwecke), das Einrichtungsniveau durch die Ausstattung der Haushalte mit dauerhaften Konsumgütern ausgedrückt. Dabei zeigt sich, daß einige RGW-Länder bei rein mengenmäßigem Vergleich des textilen Rohstoffverbrauchs auf gleicher Höhe mit der Bundesrepublik Deutschland liegen. Der Anteil synthetischer Fasern am Gesamtverbrauch macht in den Ostblockländern allerdings zwischen 10 und 20 vH des textilen Rohstoffverbrauchs aus, in der Bundesrepublik — ebenso wie in den USA — dagegen rund 40 vH.

Pro-Kopf-Verbrauch von textilen Rohstoffen<sup>1)</sup> für Bekleidungszwecke 1961 und 1972

	1961	1972		vH <sup>2)</sup>
	Textile Rohstoffe	Synthetische Fasern		
		in kg		
Bulgarien . . . . .	9,2	17,0	3,3	19,4
CSSR . . . . .	12,6	16,3	2,8	17,2
DDR . . . . .	15,7	18,3	3,0	16,4
Polen . . . . .	7,7	12,3	2,5	20,3
Rumänien . . . . .	5,4	10,1	1,6	15,8
UdSSR . . . . .	8,8	14,4	1,2	8,3
Ungarn . . . . .	7,5	9,8	1,0	10,2
USA . . . . .	15,9	25,0	11,4	45,6
Bundesrepublik Deutschland . .	12,9	19,7	7,6	38,6

<sup>1)</sup> Umgerechnet mit Baumwoll-Äquivalenzziffern. — <sup>2)</sup> Anteil der synthetischen Fasern an den textilen Rohstoffen.  
 Quelle: „Die Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland“, Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Frankfurt/M., div. Jahrgänge.

### Ausstattung der Haushalte mit dauerhaften Konsumgütern

Unter den Konsumgütern aller Art sind es die langlebigen Güter mit hohem Anschaffungspreis, die in den RGW-Ländern in Produktion und Verbrauch die höchsten Zuwachsraten gegenüber dem — zum

Teil allerdings niedrigen — Ausgangsniveau Anfang der sechziger Jahre aufweisen. Rundfunkgeräte, Staubsauger, Waschmaschinen und Kühlschränke, in den osteuropäischen Ländern vor dem Krieg meist als Luxusartikel, mindestens als Attribute gehobenen Wohlstands angesehen, gehören nunmehr auch dort trotz der durchweg noch sehr hohen Anschaffungspreise zur Standardausrüstung eines normalen Haushalts. Eine hohe Versorgungsdichte mit arbeitsparenden Haushaltsgeräten ist in diesen Ländern fast zwingend, weil nahezu alle Frauen berufstätig sind und die Kapazität des Dienstleistungssektors viel zu gering ist.

In der Pkw-Dichte liegen die RGW-Länder weit auseinander. Der Abstand zur Bundesrepublik Deutschland ist immer noch beträchtlich — ein Indiz für den geringeren Wohlstand, aber auch eine Folge der relativ spät und nicht in allen Ländern gleichzeitig aufgenommenen Förderung der privaten Motorisierung. Eine stärkere Ausbreitung des Pkw ist bisher wegen der hohen Kaufpreise und insbesondere deshalb unterblieben, weil das Angebot zu gering war; die Verbraucher mußten daher mehrjährige Wartezeiten hinnehmen.

Im Vergleich zum Beispiel mit dem Fleischverbrauch oder dem Textilfaserverbrauch, die pro Kopf der Bevölkerung im RGW-Durchschnitt zwischen 1960 und 1973 um rund die Hälfte zunahmen, hat sich der Verkauf von Fernsehgeräten und Kühlschränken auf das drei- bis achtfache erhöht. Soweit Planzahlen für langlebige Konsumgüter existieren, wird hier für 1975 mit einer Bestandsdichte gerechnet, die zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln der Haushalte liegt. Bis etwa 1980 sollen in einigen RGW-Ländern (DDR, CSSR, Ungarn) praktisch alle Haushalte mit Kühlschränken, Waschmaschinen, Fernseh- und Rundfunkgeräten ausgestattet sein. Angestrebt wird eine solche Versorgungsdichte in allen RGW-Ländern; für einige Güter wird sogar ein Ausstattungsgrad der Haushalte von mehr als 100 vH (z. B. Rundfunkgerät und Kühlschrank für das Wochenendhaus) als gerechtfertigt angesehen. Bei allen Angaben zum Verbrauch und zur Versorgungsdichte bei bestimmten industriellen Erzeugnissen mußten indes qualitative Merkmale unberücksichtigt bleiben, ein Einwand, durch den vor allem der Vergleich mit der Bundesrepublik relativiert wird.

### Rangfolge der Länder

Eine Anordnung der RGW-Länder nach dem Versorgungsstandard bei den hier betrachteten Gütern

Bestand an dauerhaften Konsumgütern je 100 Haushalte

	1960	1965	1970	1973	Plan 1975
<b>Bulgarien<sup>1)</sup></b>					
Personenkraftwagen . . . . .	1,0	2,0	.	7,0	13
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	52,0	71,4	78,9	94	.
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	0,0	6,6	34,6	58	53
Kühlschränke . . . . .	1,0	3,0	.	36	58
Waschmaschinen . . . . .	.	.	.	.	.
Staubsauger . . . . .	2,0	6,0	.	13	.
<b>CSSR</b>					
Personenkraftwagen . . . . .	6,0	9,2	17,9	20,9	32,5
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	83,3	95,7	114,5	111,9	137,7
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	21,0	51,6	79,3	83,7	88,7
Kühlschränke . . . . .	11,0	31,0	57,3	66,0	77,1
Waschmaschinen . . . . .	55,7	63,4	75,0	.	84,5
Staubsauger . . . . .	23,7	39,1	49,1	60,4	.
<b>DDR</b>					
Personenkraftwagen . . . . .	3,2	8,2	15,6	21,4	.
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	89,9	86,5	91,9	94,8	.
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	16,7	48,5	69,1	77,7	75-80
Kühlschränke . . . . .	6,1	25,9	56,4	74,5	75-80
Waschmaschinen . . . . .	6,2	27,7	53,6	66,7	65-70
Staubsauger . . . . .	.	12,5	17,7	.	.
<b>Polen</b>					
Personenkraftwagen . . . . .	1,0	2,2	4,5	7,7	.
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	43	51	56	60	.
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	6	24	45	58	.
Kühlschränke . . . . .	2,0	10	38	42	51
Waschmaschinen . . . . .	19	45	79	82	73
Staubsauger . . . . .	.	.	.	.	50
<b>Rumänien<sup>1)</sup></b>					
Personenkraftwagen . . . . .	0,2	0,8	2,3	3,8	.
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	31,1	42,0	43,4	42,3	.
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	0,9	7,4	20,9	29,5	.
Kühlschränke . . . . .	.	.	.	.	.
Waschmaschinen . . . . .	.	.	.	.	.
Staubsauger . . . . .	.	.	.	.	.
<b>UdSSR</b>					
Personenkraftwagen . . . . .	0,9	1,7	2,6	4,2	.
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	36,9	47,1	56,9	62,6	85
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	6,3	19,4	40,9	56,5	72
Kühlschränke . . . . .	2,9	8,3	25,4	41,2	64
Waschmaschinen . . . . .	3,7	16,9	42,3	49,4	72
Staubsauger . . . . .	2,3	5,1	8,6	12,2	.
<b>Ungarn</b>					
Personenkraftwagen . . . . .	1,0	3,2	7,0	11,9	16
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	72,2	79,7	75,3	74,7	.
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	3,4	26,7	52,7	65,0	73
Kühlschränke . . . . .	1,2	8,2	31,6	53,1	67
Waschmaschinen . . . . .	14,7	37,2	49,7	62,8	61
Staubsauger . . . . .	3,5	14,7	30,5	39,6	.
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>					
Personenkraftwagen . . . . .	14	29	41	55	.
Rundfunkempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	76	84	86	86	.
Fernsehempfänger <sup>2)</sup> . . . . .	22	54	73	87	.
Kühlschränke . . . . .	46	62	84	93	.
Waschmaschinen . . . . .	34	.	61	75	.
Staubsauger . . . . .	.	65	84	91	.

<sup>1)</sup> Umgerechnet aus Pro-Kopf-Angaben je 1000 Einwohner. — <sup>2)</sup> Zahl der Genehmigungen

Quellen: Statistische Jahrbücher der betreffenden Länder.

läßt bestimmte Tendenzen erkennen: Danach liegen die DDR, die CSSR und Ungarn durchweg über, die UdSSR, Polen, Bulgarien und Rumänien unter dem RGW-Durchschnitt. Diese Gruppierung deckt sich mit den Ergebnissen beim monetären Vergleich<sup>3</sup>. Der Abstand im Verbrauchsniveau ist indes bei den einzelnen Gütern unterschiedlich. Allgemein ist die Spanne bei dauerhaften Konsumgütern größer als bei Nahrungsmitteln oder Bekleidung. Inwieweit dieser Abstand im Versorgungsniveau zu anderen Ländern von den Verbrauchern wahrgenommen wird und die subjektive Bewertung des eigenen Lebensstandards beeinflußt, ist schwer zu beurteilen. Wichtiger ist, daß in der Bevölkerung die Überzeugung verbreitet sein muß, daß es im eigenen Land stetig bergauf geht. Ungarische Meinungsforscher haben ermittelt, daß das jährliche Verbrauchswachstum mindestens 3 vH betragen muß, um von den Konsumenten als Fortschritt im Lebensstandard anerkannt zu werden. Wie gefährlich sich offensichtliche Rückschläge im Verbrauchsstandard auswirken können, hat sich 1970/71 in Polen gezeigt. Nach der Ankündigung der Regierung, die Fleischpreise zu erhöhen, kam es zu massiven Arbeiterunruhen, die nicht nur einen Regierungswechsel, sondern auch eine neue Festlegung der volkswirtschaftlichen Prioritäten zugunsten des privaten Verbrauchs erzwangen. Die polnischen Erfahrungen haben zweifellos auch die Regierungen der anderen RGW-Länder beeindruckt und dazu beigetragen, daß die Erfüllung der „Hauptaufgabe“ ernsthaft in Angriff genommen wurde.

Dabei könnte in absehbarer Zeit die Frage auftauchen, wo die Grenzen des Verbrauchswachstums gezogen werden sollen. Eine Tempoänderung ist mindestens für die unmittelbare Zukunft zu erwarten, weil die weltweite Verteuerung der Rohstoffe den Verteilungsspielraum der importabhängigen Länder (praktisch aller RGW-Länder mit Ausnahme der UdSSR) einengt. Allerdings verlieren ideologisch motivierte Schranken der Konsumexpansion mehr und mehr an Boden. Die Gültigkeit der in den fünfziger Jahren entwickelten „rationalen“ (d. h. wissenschaftlich begründeten) Normen, die für die als optimal angesehenen Pro-Kopf-Verbrauchsquoten von Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhen u. a. gelten, ist umstritten. Es setzt sich vielmehr die Überzeugung durch, daß der Bedarf nicht statisch ist, sondern mit dem Einkommen wächst und sich verändert. Auch das Bedürfnis der Menschen nach Abwechslung, ihr „Modebewußtsein“ bei der Wahl von Kleidung und Möbeln, wird toleriert und in Grenzen gefördert,

<sup>3</sup> Sonderhefte des DIW. Nr. 108/1975. Tabelle 96.

soweit davon leistungssteigernde Impulse erhofft werden. Kritisch wird dagegen zumeist der sogenannte „demonstrative“ Konsum beurteilt, bei dem Gegenstände nur deshalb gekauft oder vorzeitig erneuert werden, weil sie als Statussymbole gelten. In der Praxis fällt es freilich schwer, zwischen „erwünschtem“ und „unerwünschtem“ Kauf die Grenze zu ziehen. Die bisherige Erfahrung in allen RGW-

Ländern zeigt, daß sich trotz aller Steuerungs- und Beeinflussungsversuche nirgendwo ein „sozialistisches Konsummodell“ herausgebildet hat. Die Verbraucher in den sozialistischen Ländern verhalten sich, wenn sie es sich leisten können, nicht anders als die der westlichen Industriestaaten; selbst Fehler und Auswüchse im westlichen Konsumdenken wirken offenbar nicht abschreckend.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 29 **Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt.** Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin. Von A. Hegelheimer und G. Weißhuhn. 208 S. u. Tab. 1974. DM 116,-.
- Heft 30 **Intersektoraler Strukturvergleich zur Ermittlung von Schlüsselsektoren.** Empirische Ergebnisse für asiatische Entwicklungsländer anhand einheitlich aggregierter Input-Output-Tabellen. Von S. Schultz. 104 S. 1974. DM 38,60.
- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** – Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,-.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II. – Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982.** Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,-.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.
- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von Peter Ring. 88 S. 1975. DM 36,60.

Im Druck:

- Heft 38 **Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972.** Von R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5  
Tel. (030) 8 29 11 – telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich  
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Zur Lage der Bauwirtschaft in Berlin (West)* bearbeitet von Horst Droege. –

*Der private Warenverbrauch in den Ländern des RGW* bearbeitet von Maria Elisabeth Ruban.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,-, vierteljährlich DM 15,-, Einzelnummer DM 2,-.